

„Jungwähler fragen – Kandidaten antworten“

Per E-Mail konnten Teckboten-Leser zwischen 18 und 25 Jahren Fragen an die hiesigen Bundestagskandidaten stellen. Der ganz große Ansturm blieb zwar aus. Dafür zeigten sich diejenigen, die sich an der Aktion „Jungwähler fragen – Kandidaten antworten“ beteiligten, bestens informiert und politisch interessiert. Fragen und Antworten sind auf dieser Seite veröffentlicht.



Sie vertreten eine Meinung A, ihre Partei vertritt jedoch Meinung B. Bei einem Gesetzesbeschluss darüber können sie sich für A oder B entscheiden. Wie entscheiden Sie sich?

Macht es für Sie einen Unterschied, wenn Sie etwas für richtig halten und durchbringen wollen, ob es von der eigenen oder einer „gegnerischen“ beziehungsweise Nicht-Koalitions-partei eingebracht wird?

Wie ist der Standpunkt Ihrer Partei zur Massentierhaltung und zur Subventionierung der ökologischen Landwirtschaft?

Können Sie sich überhaupt noch vorstellen, vom Arbeitslosengeld beziehungsweise am Rande des Existenzminimums leben zu müssen?

Wenn Deutschland mit zwei Billionen Euro verschuldet ist, dann ist das eine Zwei mit wie vielen Nullen?

Seit 2002 wurde die öffentliche Förderung der Jugendarbeit durch den Kinder- und Jugendplan (KJP) nicht mehr erhöht. Was ist konkret in der kommenden Legislaturperiode und auch in den folgenden Perioden geplant, um die bestehende finanzielle Deckungslücke in diesem Bereich zu schließen?

Interessieren sich die Leute im Ländle überhaupt für das politische Berlin und Ihre Arbeit dort?

Wenn Sie (wieder) in den Bundestag einziehen und dort Praktikanten beschäftigen, wie hoch ist dann deren Gehalt?



Michael Henrich

Das kommt darauf an. Natürlich versuche ich, meine Meinung innerhalb meiner Partei durchzusetzen. Wenn sich aber die Mehrheit für Meinung B entscheidet, unterstütze ich dann auch diesen Standpunkt, sofern er mir nicht völlig grotesk erscheint. Normalerweise gilt, dass die Minderheit nach der Meinungsbildung der Mehrheit folgt. Bei Gewissensentscheidungen, zum Beispiel bei militärischen Einsätzen oder ethischen Grundsatzfragen, kann jeder Abgeordnete frei entscheiden und so abstimmen, wie er es für richtig hält.

Ich bin für einen pragmatischen Politikstil ohne ideologische Denkrichtung. In der Politik geht es darum, nachhaltige und für die Menschen gute Lösungen zu finden. Und eine gute Idee ist eine gute Idee, unabhängig davon, wer sie zuerst gehabt hat. Es gibt aber Situationen, bei denen der politische Mitbewerber Sachfragen instrumentalisiert. Da ist mir die Geschlossenheit der eigenen Partei wichtiger. Normalerweise funktioniert das im Bundestag aber mit den politischen Mitbewerbern ganz gut, und man redet konstruktiv über die Sachfragen.

Tiergerechte Haltung und Tierschutz sind für uns extrem wichtig. Unser Ansatzpunkt ist aber nicht in erster Linie die Größe der Tierhaltung, sondern das Wohlbefinden des einzelnen Tieres. Wir wollen Sachkunde der Tierhalter und besonders tiergerechte Ställe. Den Ökolandbau und die deutschen Ökobetriebe werden wir weiter verlässlich fördern, weswegen wir die Beihilfen für ökologische Anbauverfahren bereits in den letzten Jahren um bis zu 24 Prozent erhöht haben.

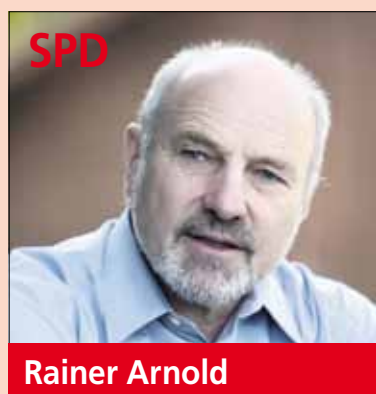
In meiner Studentenzeit hatte ich sehr wenig Geld zur Verfügung. Insofern weiß ich, wie es ist, mit knapper Kasse haushalten zu müssen. Die Politik versucht, den Betroffenen so gut es geht zu helfen und alles Erforderliche zur Verfügung zu stellen. Aber dabei muss immer beachtet werden, dass Arbeit sich mehr lohnen muss als Leistungen zu beziehen und dass das Arbeitslosengeld letztendlich ja vom Steuerzahler finanziert wird.

Es sind zwölf Nullen. Viel wichtiger ist aber, dass wir die Regeln der Schuldenbremse eingehalten haben und unsere Regierung erstmals seit Gründung der Bundesrepublik in der Lage ist, ab 2015 Schulden abzubauen.

Trotz globaler Minderausgabe, das heißt einer pauschalen Kürzung des Gesamtetats des Ministeriums, konnte die Förderung für den KJP auch in der vergangenen Wahlperiode auf dem bestehenden Niveau gehalten werden und ist nicht gekürzt worden. Angesichts der Haushaltslage und anderer Kürzungen erkennt man daran die Bedeutung, die dieser Maßnahme zugesprochen wird. Für die Zukunft wird es darum gehen, Kürzungen auch weiterhin auszuschließen und auf eine Aufstockung hinzuwirken.

Da gibt es ein sehr gemischtes Bild. Bei vielen Anfragen, Gesprächen und Kontakten wird großes Interesse deutlich. Andererseits spüre ich gerade in Zeiten des Wahlkampfes, dass es auch Situationen gibt, in denen es schwerfällt, die Menschen für Politik zu begeistern.

Ich bin kein Freund der „Generation Praktikum“ und gegen Ausbeutung. Leute mit fertiger Ausbildung bekommen bei mir ein normales Gehalt. Praktikanten sind Schüler und Studenten, die im Bundestagsumfeld Erfahrungen sammeln wollen. Sie werden in meinem Berliner Büro in Höhe des Gehaltsrahmens der Bundestagsverwaltung bezahlt, was eher eine Ausnahme ist und den Großteil der Praktikanten überrascht hat.



Rainer Arnold

Natürlich gibt es in der Bundestagsfraktion unterschiedliche Meinungen. Ich fände es auch schlimm, wenn es anders wäre, schließlich brauchen wir viele gute Ideen. In der Fraktion streite ich für meine Position. Wenn die Fraktion aber anders entscheidet, akzeptiere ich die Mehrheitsmeinung und stimme im Plenum entsprechend. Ausnahmen sind wirkliche Gewissensentscheidungen, wie zum Beispiel ethische Grundfragen.

Meine Fraktion bringt zu allen wichtigen Themen eigenständige Anträge und Initiativen ein; das ist auch der bessere Weg. Es gibt aber auch immer wieder überfraktionelle Initiativen. Das gilt vor allem für meinen Verantwortungsbereich, die Verteidigungspolitik.

Wir wollen, dass sich die Tierhaltung am Tier orientiert und nicht weiter nur auf Effizienz und Profit getrimmt wird. Es kann nicht sein, dass Hühnern der Schnabel und Schweinen der Ringelschwanz amputiert wird, damit sie besser in die engen Käfige passen. Mit der Förderung ökologischer Landwirtschaft wollen wir allen Betrieben, egal ob groß oder klein, ermöglichen, ökologischer zu wirtschaften.

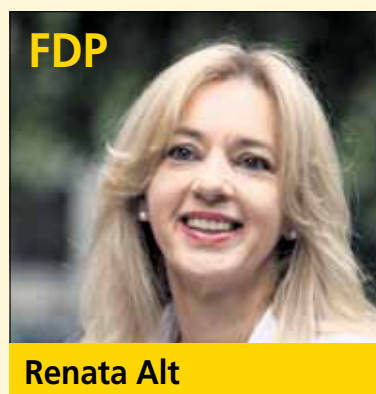
Als Abgeordneter treffe ich sehr viele Menschen mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen. Und natürlich treffe ich dabei Menschen, bei denen das Geld sehr knapp ist. Ich kann ihre Lebenssituation und das Bedrückende daran nachvollziehen, möchte mir aber nicht vorstellen, am Existenzminimum leben zu müssen. In meinem Leben war das zum Glück noch nicht der Fall.

Eine Zahl mit zwölf Nullen – verursacht von 16 Nullen auf der Schwarz-Gelben Regierungsbank, in deren Regierungszeit die Schulden um 20 Prozent gewachsen sind.

Wir wollen die Kinder- und Jugendpläne von Bund und Ländern als zentrale Förderinstrumente stärken. Dazu gehört natürlich auch eine ausreichende Förderung der Infrastruktur von Jugendverbänden. In den vergangenen Jahren hat die SPD im Bundestag bei den Haushaltsverhandlungen immer wieder Anträge zur besseren Förderung des Kinder- und Jugendplans des Bundes gestellt.

Ja. Das Interesse am politischen Betrieb in Berlin ist seit Jahren ungebrochen. Ich habe im Jahr etwa 1 000 Besucher aus dem Wahlkreis, darunter sehr viele junge Leute. Ich nehme mir dann auch gern die Zeit, um mit den Besuchern zu diskutieren. Außerdem lade ich zwei Mal im Jahr ehrenamtlich engagierte Bürger nach Berlin ein. Für diese Fahrten gibt es meist lange Wartelisten.

Ich orientiere mich da an den Bestimmungen des Bundestages, der eine monatliche Praktikantsvergütung von mindestens 250 Euro vorsieht. Praktikanten werden in meinem Büro aber nicht nur zum Kaffeekochen geschickt; sie sollen vielmehr einen guten Ein- und Überblick über die Arbeit des Parlaments bekommen.



Renata Alt

Artikel 38 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes ist unmissverständlich: Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages sind „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“. Bei einer wirklichen Gewissensentscheidung – ich denke da zum Beispiel an Auslandseinsätze der Bundeswehr – werde ich so abstimmen, wie ich es mit meinem Gewissen vereinbaren kann – auch gegen meine Partei.

Ehrlich gesagt: Ja. Die FDP ist ein verlässlicher Partner und vertragstreu. Wenn jeder immer dort mitstimmt, wie es ihm passt, funktioniert eine Koalition nicht. Wenn ich eine Idee aus der Opposition gut finde, würde ich daraus eine eigene Initiative machen und versuchen, innerhalb der Koalition hierfür eine eigene Mehrheit zu organisieren.

Die FDP will die Rahmenbedingungen für die konventionelle und ökologische Landwirtschaft weiter durch marktwirtschaftliche Reformen verbessern. Die Landwirte sollen aber selbst entscheiden, wo ihre Stärken liegen und wie sie produzieren. Und die Bürger sollen selbst entscheiden, was sie essen! Die FDP setzt sich für eine tiergerechte und die Tiergesundheit fördernde Tierhaltung und -ernährung ein.

Ja, kann ich.

Eine Zwei mit zwölf Nullen!!! Unfassbar, nicht? Das haben alle bisher im Bundestag vertretenen Parteien gemeinsam zu verantworten. Auch meine. Aber die FDP hat jetzt zumindest die Kehrtwende eingeleitet: 2014 wird es erstmals seit 40 Jahren einen strukturell ausgeglichenen Haushalt geben, für 2015 ist erstmals seit 1969 keine Neuverschuldung geplant. Ab 2015 wollen wir endlich anfangen, die Schulden abzubezahlen.

Es wäre unseriös, angesichts der Haushaltssituation Versprechungen abzugeben. Tatsache ist, dass die FDP keine Einsparungen beim KJP plant. Die FDP hat die Reform des Kinder- und Jugendplans angestoßen. Wir wollen mehr Transparenz und direkte Beteiligung der Jugendlichen. Das Antragsverfahren wollen wir vereinfachen und unbürokratischer gestalten, sodass auch kleinere Initiativen in der bundesweiten Jugendarbeit eine Chance auf Förderung haben.

Auf jeden Fall. Vielleicht nicht für das Klein-Klein der politischen Arbeit in Berlin. Aber zum Beispiel am Thema Energiewende merke ich im Wahlkampf ganz deutlich, dass bundespolitische Themen im Ländle eine große Rolle spielen. Die Menschen haben Angst vor weiteren Strompreissteigerungen durch die EEG-Umlage. Eine Reform ist dringend notwendig – damit Strom bezahlbar bleibt und kein Luxusgut wird.

Das werde ich wie die FDP-Bundestagsabgeordnete Judith Skudelný handhaben: Wer mit fertiger Berufsausbildung oder Studienabschluss bei mir arbeitet, bekommt einen richtigen fairen Arbeitsvertrag – keinen un(ter)bezahlten Praktikantenvertrag. Wer zum Beispiel während seines Studiums mal im Abgeordnetenbüro reinschnuppern will, bekommt seine Kosten wie Anreise und Unterkunft in Berlin in jedem Falle vergütet.



Matthias Gastel

Diese Frage kann nicht pauschal beantwortet werden. Kein Mitglied des Bundestages ist an Weisungen gebunden. Andererseits haben die Bürger/innen Erwartungen an die Fraktionen als Ganzes. Ich stelle mir das so vor: Diskussion in der Fraktion, und wenn sich kein Einvernehmen bei einem mir besonders wichtigen Thema erzielen lässt, stimme ich so ab, wie es meiner Überzeugung entspricht.

Auch diese Frage kann nicht pauschal beantwortet werden, da Anträge des „politischen Gegners“ oftmals nur als Druckmittel oder, um die andere Seite vorzuführen, gestellt werden. Ich halte es für richtig, das Gespräch mit der anderen Fraktion zu suchen und sich im Interesse der Sache um eine gemeinsame Antragsformulierung zu bemühen.

Während wir Deutschen immer mehr konventionell erzeugte landwirtschaftliche Produkte exportieren, müssen wir immer mehr aus biologischem Anbau importieren. Wir Grünen freuen uns über die steigende Nachfrage nach Bio und wollen den Umstellungsprozess auf biologische Landwirtschaft besser fördern. Tierquälerei, Massentierhaltung auf engstem Raum, ohne Tageslicht und frische Luft, lehnen wir ab.

Ich weiß, dass ich mit wenig Geld auskommen kann. Denn vieles, was für andere selbstverständlich ist, habe ich nie besessen (Auto). Schwer auszuhalten wäre es – zumal als Schwabe –, dass ich kaum etwas für größere Anschaffungen oder fürs Alter ansparen könnte. Mir ist wichtig, dass eine aktive Arbeitsmarktpolitik betrieben wird, die auch Langzeitarbeitslosen Perspektiven für Teilhabe bietet.

Die Verschuldung stieg auf über 2 000 000 000 000, eine Zwei mit zwölf Ziffern. Seit 2005 wuchsen die Schulden des Bundes um 400 Milliarden Euro – und steigen weiter. Daher sind wir Grüne überzeugt, dass der Schuldenabbau und die nötigen Investitionen nur mit Einsparungen und höheren Einnahmen finanziert werden können. Und zwar unabhängig davon, wer regiert. Wir sagen das vor der Wahl.

Die Mittel für den KJP sind seit elf Jahren nicht erhöht worden. Das zeigt, dass der Bunderegierung nicht an guter Jugendarbeit und Jugendpolitik gelegen ist. Im KJP werden Programme nur verwaltet, selten wird ein neues aufgenommen. Die Grünen im Bundestag haben konkrete Vorschläge gemacht, mehr Mittel für Kinder und Jugendliche zur Verfügung zu stellen. Diese wurden durch Schwarz-Gelb abgelehnt.

Ich kandidiere auch deshalb für den Bundestag, um Menschen mit entsprechenden Angeboten verstärkt für Politik zu interessieren. Bereits als Stadtrat habe ich intensiv verschiedene Formen von Gesprächs- und Veranstaltungsangeboten umgesetzt. Dies plane ich auch für die Bundestagspolitik, wenn ich das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler ausgesprochen bekomme.

Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen hat sich eine Selbstverpflichtung für faire Praktika gegeben. Praktika sind ein wichtiger Teil der Ausbildung oder des Studiums. Demnach werden Praktika nur an Studierende vergeben, nicht an Absolventen. Ein Praktikum dauert drei, maximal bis zu sechs Monate. Ein solches Praktikum wird mit mindestens 300 Euro im Monat vergütet.



Claudia Haydt

Diese Situation wird wahrscheinlich sehr selten auftreten, schließlich bin ich Mitglied bei der Linken geworden, weil sie in den zentralen Punkten (Gerechtigkeit, Frieden, Demokratie) meinen Ansichten entspricht. Bei Gewissensfragen würde ich mir dennoch das Recht herausnehmen, auch gegen die Parteilinie zu stimmen. Davor würde ich jedoch in jedem Fall die Angelegenheit mit meiner Parteibasis besprechen.

Auch politische Gegner können gute Ideen haben. Ich habe zehn Jahre Kommunalpolitik gemacht und immer wieder Initiativen zugestimmt, die von anderen Fraktionen kamen – natürlich nur, wenn dies sinnvolle Vorschläge waren. Nicht selten waren das Anträge, die von mir oder meinen Fraktionskollegen bereits so oder so ähnlich in früheren Jahren gestellt worden waren und damals keine Mehrheit bekommen hatten.

Die Linke fordert eine bodengebundene und tiergerechte Nutztierhaltung. Quälerei, Massentierhaltung und Transporte lebender Tiere auf maximal vier Stunden begrenzt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Landwirtschaft und Gartenbau nach ökologischen und sozialen Kriterien umgebaut werden. Wichtig sind uns die Erhaltung und Förderung der biologischen Vielfalt in der Natur.

Ja, das kann ich. Viele meiner Freunde müssen von Hartz IV leben, und ich bekomme regelmäßig mit, welchen Schikanen (lange Wartezeiten, Sanktionen etc.) diese ausgesetzt sind, auch wenn es nur darum geht, Rechtsansprüche umzusetzen. Immer wieder gehe ich als Beistand mit zu Terminen im Jobcenter und suche (häufig ziemlich lange) Wohnraum für Menschen, die von Zwangsumzügen bedroht sind.

Die gesamte Staatsverschuldung beträgt 2,1 Billionen. Das sind zwölf Nullen. Diese Schulden gibt es auch deswegen, weil in den letzten Jahren massiv Steuergeschenke an Reiche und Konzerne gemacht wurden. Allein in den Jahren 2001 bis 2011 beliefen sich die Steuergeschenke zusammengerechnet auf rund 600 Milliarden Euro. Verantwortlich waren sowohl Rot/Grün als auch Schwarz/Gelb.

Die Linke möchte gemeinsam mit Jugendlichen Konzepte für eine eigenständige Jugendarbeit ausarbeiten: Als Sofortmaßnahme wollen wir ein Sonderprogramm zur Stärkung der Jugendarbeit auflegen und den KJP des Bundes finanziell stärken. Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche, öffentliche Jugendklubs, Kultureinrichtungen und vieles mehr sind für uns kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit.

Meine Schwerpunkte in der politischen Arbeit sind die Friedenspolitik und die Europapolitik. In beiden Bereichen kann ich mich nicht über zu wenig Interesse beklagen. Im Gegenteil, ich kann gar nicht allen Vortrags-, Interview- und Artikelanfragen nachkommen.

Es ist in der Linkenfraktion üblich, Praktikantinnen und Praktikanten mindestens 300 Euro im Monat zu zahlen. Kostenlose Praktika würde ich nicht anbieten. Den Missbrauch von Praktikantinnen und Praktikanten als billige Arbeitskräfte wollen wir insgesamt beenden, und wir werden auch in der nächsten Legislaturperiode wieder entsprechende Anträge im Bundestag einbringen.